

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postanschrift: Tageblatt Riesa.
Heftzettel Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststedtortext: Dresden 1538
Glocke Riesa Nr. 22.

N. 243.

Dienstag, 17. Oktober 1922, abends.

75. Jahrg.

Auf Blatt 833 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Weymann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Koblenz in Koblenz. Der Gesellschaftsvertrag ist am 25. Juli 1922 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Betriebsfertigung der in Koblenz gelegenen Landwürtter Nr. 26 (Hauptnutz) und Nr. 14 (Betrieb), der Vertrieb der gewonnenen landwirtschaftlichen Produkte sowie die Beteiligung an anderen landwirtschaftlichen Unternehmungen. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt einhundertfünfundachtzigtausend Mark. Der Gesellschafter Emil Max Weymann bringt seine beiden Landhäuser Nr. 26 und Nr. 14 der Gesellschaft für Koblenz mit sämtlichem lebenden und toten Inventar sowie der Ernte im Gesamtwerte von 135 000 M. in die Gesellschaft ein.

Zu Geschäftsführern sind bestellt:

a) der Gutsbesitzer Emil Max Weymann in Koblenz,
b) der Landwirt Max Martin Weymann in Koblenz.

Sie können die Gesellschaft nur gemeinsam verpflichten und zwar schriftlich so, daß sie der Firma der Gesellschaft ihre Namensunterchrift befügen.

Amtsgericht Riesa, den 13. Oktober 1922.

Auf Blatt 831 des Handelsregisters, die Firma Dresdner Transport- und Lagerhaus-Gesellschaft vorm. G. Thamm, Filiale Riesa in Riesa, Bewilligungserlaß der in

Dresden unter der Firma Dresdner Transport- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft vorm. G. Thamm bestehende Aktiengesellschaft betreibt, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag vom 7. Januar 1918 ist in den §§ 5, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 21, 23 und 24 durch Beschluss der Generalversammlung vom 8. Oktober 1921 laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage und im § 13 durch Beschluss der Generalversammlung vom 23. Mai 1922 laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage geändert worden.

Sind mehrere Vorstandsmitglieder bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Mitglieder des Vorstandes oder durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen vertreten. Der Aufsichtsrat kann einzelnen Mitgliedern des Vorstandes Befugnis erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten.

Zumstellvertretenden Mitgliede des Vorstandes ist der kaufmännische Direktor und Geschäftsführer Dr. jur. Walther Schmidt in Dresden bestellt. Er ist ermächtigt, die Gesellschaft mit einem anderen Vorstandsmitglied oder mit einem Prokuristen gemeinschaftlich zu vertreten. Die ihm erteilte Prokura ist erloschen.

Es wird noch bekannt gegeben: Die Vorstandsmitglieder werden durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats bestellt. Dem Aufsichtsrat steht es ausdrücklich zu, Stellvertreter von Vorstandsmitgliedern zu ernennen.

Amtsgericht Riesa, den 14. Oktober 1922.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Montag vormittag fand in Berlin eine Versprechung der Fraktionsführer der Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei beim Reichskanzler über die Wahl des Reichspräsidenten statt. An der Sitzung nahmen auch Bischöflicher Bauer, Reichsminister des Innern Dr. Röster und Reichstagspräsident Doebe teil. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, machte in längeren Ausführungen die Bedenken geltend, die seine Partei gegen die Vornahme der Wahl an dem vorgesehenen Termin hat. Die Vertreter der übrigen in der Sitzung anwesenden bürgerlichen Parteien schlossen sich entsprechend ihrer Stellungnahme in früheren Begegnungen des Gegenstandes dieses Bedenken an, die zurückzustellen sie sich nur bereit erklärt, wenn die Verschiebung der Wahl aus verfassungsmäßigen Gründen unmöglich wäre. Der Vertreter der Sozialdemokratie lehnte es im Namen seiner Fraktion ab, einem Vorschlag auf Verschiebung der Wahl und damit einer Verlängerung der provisorischen Stellung des Reichspräsidenten zuzustimmen; seine Partei sei nach wie vor die Vornahme der Wahlen an dem vorgesehenen Termin. Nur ein verfassungsmäßiges Gesetz, das die provisorische Stellung des derzeitigen Reichspräsidenten in ein verfassungsmäßiges Definitivum umwandeln könnte, könne die Entscheidung dem Reichstag zuführen, die Lage ändern. Ob seine Fraktion diesen Weg betreten werde, lasse er dahingestellt sein.

Der Reichskanzler stellte fest, daß die Aussprache mit den Parteien insofern eine neue Situation geschaffen habe, als die beteiligten bürgerlichen Parteien nochmals den Vertrag unternommen hätten, die Wahl in kurzer Frist zu vermeiden; durch die Erfahrung der Sozialdemokratie sei jedoch der Vorschlag der Volkspartei, den Wahltermin einfach blindzustellen, hinfällig geworden.

Die Parteivertreter erklärten darauf, sie würden über die Völlung der Situation durch ein verfassungsmäßiges Gesetz mit ihren Fraktionen Rücksprache nehmen. Die Aussprache wurde darauf auf übermorgen vertagt.

Der "Vorwärts" teilt mit, daß der Reichsparteiausschuss der Zentrumspartei dem von Stresemann gemachten Vorschlag der Verziehung der Reichspräsidentenwahl im Prinzip zugestimmt habe, falls sich die Verschiebung der Wahl aus verfassungsmäßigen Gründen rechtfertigen lasse.

Der 4. Nachtragsetat für 1922.

Der Reichsrat nahm Montag u. a. den vierten Nachtragsetat für 1922 an, der zunächst die im Laufe des Sommers und Herbstes geworbenen Teuerungszuschläge legalisierte soll. Die Kreditermöglichkeit für den Reichsfinanzminister wurde um 120 Milliarden erhöht, die zum überwiegenden Teil wegen der Zahlungen aus dem Friedensvertrage nötig sind. Während auf Grund des Moratoriums vom 21. März 1922 720 Millionen Goldmark in Vorauszahlungen und 1450 Millionen in Sachleistungen zu bewirken waren, die nach dem Umrechnungsverhältnis von 1:70 zusammen 151,9 Papiermilliarden ausmachten, muß heute ein Umrechnungsverhältnis von 1:700 angenommen werden. Dadurch sind die Ansätze auf 151,9 Papiermilliarden zu erhöhen. Wie der Bericht erstatter hervorhob, sind das Forderungen, die jedes verhüttige Wahl übersteigen und denen man eigentlich nur noch fassungslos gegenüber stehen kann.

Ein weiterer Kredit von 120 Milliarden ist für die Reichsgesetzestelle zur Bezahlung des Umlagegetriebes und des Auslandsgetriebes vorgesehen, wird jedoch durch die späteren Verluste wieder einkommen. Die bisherigen Renten für Kriegsbeschädigte sollen verdoppelt werden. Gegen die Stimmen Sachsen und der drei Handelsstädte wurde ferner die Regierungsvorlage über die Verminderung der Lasten des Reiches aus der Belastung über das Entschädigungs- und Ausgleichsverfahren aus Anlaß des Friedensvertrages von Versailles angenommen. Weiterhin erklärte sich der Reichsrat mit einem Gesetzentwurf einverstanden, nach dem der Betrag des unverbindbaren Lohnes auf 100 000 M. und die weitere bewegliche Grenze auf 300 000 M. erhöht werden. Die Regierung soll ermächtigt werden, in Zukunft Erhöhungen im Verordnungswege vorzunehmen. Angenommen wurde schließlich ein Gesetz, nach dem die Gebühren und Tagessalden für Zeugen und Sachverständige erhöht werden.

Der Reichsrat genehmigte die Regierungsvorlage über die Neuregelung der Beamtenbefriedung, die im Gegensatz zu den Organisationsforderungen die Grauenzulage vorenthalten abstuft.

Der Allgem. Deutsche Gewerkschaftsbund zur Frage der Beamtengehälter.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hält Sonntag in Berlin eine Versammlung ab, die sich mit der Frage der Gestaltung der Beamtengehälter beschäftigt. Nach einer längeren Erörterung wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Versammlung die Erhöhung der Grundgehälter und gleichhohe Teuerungs- und Grauenzulagen für alle Beamten, sowie eine Erhöhung des Hoffaufschlages und eine gerechte Befoldungsreform zum 1. April 1923 fordert.

Die blutigen Zusammenstöße in Berlin.

Ein Aufruf.

Am Laufe des heutigen Tages wird an den Berliner Anschlagsäulen folgender Aufruf erscheinen:

500 000 Mark Belohnung.

Am Sonntag, den 15. Oktober, ist es bei Zusammenkünften vor dem Circus Busch zu Gewalttaten gekommen. 500 000 Mark Belohnung werden ausgesetzt für diejenigen, die sachdienliche Angaben zur Ermittlung und Ergreifung der Täter machen. Aufruf an die Bevölkerung: Wer keine Angaben macht, darf sie zur Strafgerichtlichen Aburteilung gebracht werden können. Nachrichten, die auf Mund vertraulich behandelt werden, nimmt die Abteilung I des Polizeipräsidiums auf den Zimmern 2644, 252 und 239, Hausansatz 31, 274, 298 und 300 entgegen.

Berlin, 16. Oktober 1922. Der Polizeipräsident.

Die deutsch-nationale Fraktion des Reichstages brachte eine Interpellation ein, in der es heißt: Die Vorgänge am Circus Busch beweisen, daß die vorhandenen Geleise zum Schutz der Versammlungsfreiheit nicht ausreichen. Diese Frage bedarf weiterer Klärung und entsprechender gezielter Maßnahmen. Vor allem aber bedarf die Handhabung der bestehenden Gesetze im Sinne des unabdinglichen Schutzes der Versammlungsfreiheit, des Schutzes der Persönlichkeit und der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung einer grundlegenden Änderung.

Im Verlaufe der polizeilichen Ermittlungen über die blutigen Zusammenstöße am Sonntag am Circus Busch in Berlin sind gestern laut "Volksanzeiger" eine Durchsuchung sämtlicher Räume der "Roten Fabrik" statt. Es wurde Material beschlagnahmt, das noch gestern abend einer Prüfung unterzogen wurde. Der "Rössischen Zeitung" zufolge wurden im Laufe des gestrigen Abends noch etwa 30 Personen festgenommen. Alle bei den Straßenkämpfen verletzten Personen sind bereits wieder außer Lebensgefahr. Die beiden Polizeiwachtmeister, deren Zustand anfänglich zu Besorgnissen Anlaß gegeben hat, sind bereits wieder dienstfähig geschrieben worden. In der es gestern abend angekündigten kommunistischen Protestkundgebung, die zuletzt verließ, wurde beschlossen, daß heute vormittag die Betriebsräte der Großberliner Betriebe beim Polizeipräsidium vorsprechen und vom Polizeipräsidenten Richter fordern sollen, sämtliche Verhaftete sofort freizulassen. Wird dem Verlangen nicht Folge gegeben, so werden am Mittwoch sämtliche Betriebe zum Stillstand kommen.

Der Vorsitzende der Deutsch-nationalen Volkspartei Abg. Hergt gedenkt laut "Berl. Volksblatt" unvergänglich im Reichstage eine Interpellation einzubringen, die auf die Absehung des Berliner Polizeipräsidenten Richter wegen der Zusammenstöße beim Circus Busch abzielt.

Heute die gestern abend abgehaltene kommunistische Versammlung wird ferner noch aus Berlin berichtet: Zu Aliens Festsaal erstattete am Montag abend in einer kommunistischen Protestversammlung vor 2000 gedrängten Arbeiternassen der kommunistische Landtagsabgeordnete Gaetke in einem verhältnismäßig ruhigen Berater ausführlichen Bericht als Augenzeuge über den Circuskrawall. Dabei erfuhr er, daß der Bund für Freiheit und Ordnung eine Neuauflage der Orgel sei und mit ähnlicher Propaganda und fast den gleichen Methoden wie die italienischen faschistischen arbeiteten. Mit großem Nachdruck warnte er seine Parteifreunde vor Angriffen auf die Schupoaustritte und behauptete, daß der getötete Arbeiter nicht von der Schupo erstickt worden sei. Er selbst habe gehört, daß die Schupoaustritte höchst abfällig über den ihnen aufgeworfenen Dienst geäußert hätten im Interesse von Leuten, die offensichtlich gegen die Republik unter Verwendung von schwarz-weiß-roten Flaggen mit Gott für König und Vaterland agitierten. Der Vortrag verlief vollkommen ruhig.

Die Reparationsfrage.

Der diplomatische Berichterstatter des "Observer" schreibt, obwohl das französische Kabinett beschlossen haben soll, sich dem Braburnden Reparationsplan zu widersetzen, sei es verfrüht, zu behaupten, daß der Plan abgelehnt sei. Man darf nicht vergessen, daß die französische Regierung eben eine neue Anteile aufgenommen habe, die zum großen Teil wegen der zerstörten Gebiete nötig war. Schon aus sozialen Gründen könnte daher der französische Finanzminister einen Plan nicht mit offenen Armen begrüßen, der die Einstellung der Goldzahlungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete für zwei oder gar vier Jahre vorsehe. Der wirkliche Kampf um Braburnden Plan könnte erst beginnen, wenn die französische Anteile ausgebracht sei.

Die Reparationskommission wird heute nachmittag in öffentlicher Sitzung sich mit weniger wichtigen Fragen beschäftigen. Wahrscheinlich wird im Anschluß hieran eine halbamtliche Sitzung stattfinden, in der der Vorschlag Braburnden geprüft werden soll.

Poincaré und Nebe empfingen gestern eine Abordnung des Aktionsausschusses der betroffenen Gebiete. Der Sekretär des Ausschusses erinnerte daran, daß der Aktionsausschuss seit April 1921 durch Vorträge und Versammlungen eine Sinnerichtung unter den Geschädigten hervorgerufen habe, die der deutschen Mitarbeit in jeder Form für den raschen Aufbau der zerstörten Gebiete günstig sei. Der Entwurf des Abkommens, den der Ausschuss am 23. Oktober in Berlin mit dem Ausschuss der sozialen Baubehörde abschließen will, habe den Zweck, die allgemeinen Interessen der Geschädigten zu wahren, die nicht durch private Abkommen oder durch die Spekulation beeinträchtigt werden dürfen. Poincaré teilte den Delegierten mit, daß die Regierung mit Sympathie das geplante Abkommen verfolge.

Mac Nenna erklärte nach seiner Rückkehr aus Amerika nach London, die Reparationsfrage habe die ausländischen Bankiers mehr interessiert als jede andere Frage. Die Amerikaner seien der Ansicht, daß sich die europäischen Regierungen erst umstellen müßten, bevor Amerika Unterstützung gewähren könne. Zur Entwertung der Mark erklärte Mac Nenna, die deutsche Regierung könne für die Entwertung nicht verantwortlich gemacht werden. Wenn Deutschland auswärtige Zahlungen zu leisten habe, so müsse es Mark verkaufen. Ihr Verkauf im Ausland würde aber ihren Wert, dies sei unvermeidlich.

Lord Beaverbrook veröffentlichte in seinem Blatt "Sunday Express" einen Artikel unter der Überschrift "Die Wahrheit über Deutschland". Er schreibt, daß britische Volk müsse erkennen, daß Deutschland bankrott sei. Wenn das letzte Moratorium am 15. Januar 1923 ablaufe, werde Deutschland nicht zahlen können. England müsse Frankreich ganz offen sagen, daß es für den Augenblick kein Geld mehr von Deutschland erwarten kann.

Nebergabe der Goldschatzwechsel.

Aus Berlin wird gemeldet: Die für den 15. Oktober nach dem mit Belgien geschlossenen Abkommen fällige Goldschatzwechsel findet Montag vormittag der Reparationskommission in Paris übergeben werden. Die Wechsel lauteten unter Berücksichtigung der Deutschland aus anderen Leistungen zu machenden Entschuldungen auf einen Betrag von 17445 155 Goldmark.

Sozialdemokratische Forderungen zur Währungsfrage.

Die Berliner Funktionäre der PSD nahmen gestern in einer Versammlung nach einem Referat Hilferdings über die Reparations- und Währungsfrage einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: Durch eine Stützungsaktion für die Mark muß mit Hilfe des Goldschatzes der Reichsbank und durch Auslegen einer in ihrem Werte beständigen Goldanleihe die weitere Flucht vor der Mark verhindert werden. Die Funktionärsversammlung erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie alles tut, um diese Forderungen durchzuführen, da sonst die Sozialdemokratie die Verantwortung für die drohenden Gefahren des Winters nicht mehr übernehmen kann.

Das "Vorwärts" beschäftigte sich das Reichskabinett gestern mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung eines wertbeständigen Geldbaviers. Wie das Blatt schreibt, handelt es sich um ein Zahlungsmittel, das im Inlandeverkehr nach dem jeweiligen Werte des Dollars in Zahlung genommen werden soll. Die Beratungen des Reichskabinetts sind noch nicht abgeschlossen.

Die Erhöhung des Preises für Umlagegetreide.

Der Amtl. Preuß. Kreisbeamte teilt mit: Die preußische Regierung hat beim Reichsrat beantragt, die Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide an die Landwirte in der Form von Edelmetallzetteln auszumachen. Das Reich soll Stichtsdörfer vom Auslande anfallen und in der Form von Goldfolzetteln zur Verhüllung dienen. Nach dem Vorschlag werde schon die Summe von 1923 um 7 Millionen Tonnen Getreide erhöht werden. Dieser Weg diente nach der Begründung des preußischen Antrages auch eine Verbesserung der Brotpreise für die nächste Zukunft ermöglichen.

Zur Rede Lloyd Georges.

Wir haben gestern die Rede mitgeteilt, die Lloyd George am Sonnabend in Manchester gehalten hat. Die ganze Rede ist nicht weniger als jenen Nationalismus, den Lloyd George selbst — und auch das zu Unrecht — als den Grundzug seines Politik begleitet. Lloyd George ist weder müde, noch rücktrittsbereit. Das hat er durch diese überaus frische und kampflustige Rede nicht nur seinen inner-politischen Gegnern, sondern der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt bewiesen. Er ist nicht davor zurückgeschreckt, seinen liberalen Vorgängern und jungen politischen Gegnern Asquith und Grey die ganze Schuld an allen gegenwärtigen Schwierigkeiten der internationalen Stellung des britischen Reiches in die Schuhe zu schieben. Sie waren es nach seiner Darstellung, die das Übereinkommen zur Abstellung der Türkei abgeschlossen haben, das er selbst vorstand und das er als politisch außerordentlich krasse beseitigt, weil es Konstantinopel und die Dardanellen in die Hand Russlands gebracht haben würde. Seiner eigenen Politik horeibt er damit das Verdienst an, die Dardanellen sowohl den Russen wie den Türken entzogen zu haben. Unzweckhaft ist diese Darstellung der Dinge überaus geschickt und geplant, ihn trotz aller unkenntlichen Widersprüche als den Meister des britischen Imperiums im Orient erscheinen zu lassen. Mit dem Nationalismus, den er im Munde führt, steht diese Politik freilich in störrischem Widerstreit, denn sie bedeutet Kampf gegen Russland und zugleich Kampf gegen die Türkei, die beide, nachdem ihnen von England der Preis ihres Kampfes im Weltkriege entzogen worden ist, politisch nahe aneinandergerückt sind.

Die Schwierigkeiten, denen England auf der bevorstehenden Orientkonferenz entgegensteht, sind außerordentlich groß. Zu der Gegenhälfte, in die die Politik Lloyd Georges England gegen Russland und die Türkei hineingeziehen hat, kommt auch der englisch-französische Interessenskonflikt, nachdem Frankreich offensichtlich die Türkei unterstützt hat und auch mit Russland zu einem besseren politischen Verhältnis zu kommen eifrig bemüht ist. Wie will Lloyd George diese Gefahr einer weltpolitischen Isolierung Englands gegenüber einem französisch-russischen Turkelzusammenspiel im Orient beseitigen? Es scheint, dass seine Politik im wesentlichen darauf hinausläuft, dass er in der Reparationsfrage den Franzosen immer wieder Zugeständnisse macht, um im Orient Kompenstationen zu erhalten und die Franzosen der russisch-türkischen Koalition fernzuhalten. Das läuft auf einen Verlust hinaus, auf Kosten Deutschlands mit den Franzosen politische Geschäfte zu machen. Aber die englischen Gegner Lloyd Georges haben ganz richtig erkannt, dass diese Politik sofort scheitern muss, wenn es in der Reparationsfrage zu einer französisch-deutschen Verständigung kommt. Denn dann hat England den Franzosen nichts mehr zu bieten. Seit aber England seine schriftliche Preisgabe deutscher Lebensinteressen für französische Zugeständnisse im Orient weiterfort, so muss das französisch-deutsche Übereinkommen eines Tages Greifnis werden. Damit wäre aber die völlige Isolierung Englands in Europa wie im Orient vollendet.

Lloyd George hat auch in der großen Rede, mit der er einen erweiterten Kampf um seine politische Existenz einleitete, nicht zu sagen vermocht, wie er das Ziel der Erhaltung der britischen Machtstellung an den Dardanellen erreichen will, ohne Deutschland dem französischen Imperialismus auszuliefern und das englisch-deutsche Geschäft für immer eingubüßen. Lloyd Georges großer politischer Zirkus liegt darin, dass er allzu einseitig auf Konstantinopel hinstarrt und dabei die Wichtigkeit Deutschlands für das britische Reich vergisst, dessen Preisgabe oder Untergang nicht nur eine schwere wirtschaftliche Schädigung Englands bedeutet, sondern auch die Herstellung einer antientglichen Koalition in Europa zur Folge haben muss. Da es in England Leute genug gibt, die diesen schweren politischen Fehler Lloyd Georges und die England daraus erwähnende ungeheure Gefahr erkannt haben, so ist es nicht ganz sicher, dass Lloyd George seinen Kampf um die Macht auch gewinnt und dass sein jetziger Befreiungskampf schließlich nicht doch sein Schwangengang wird.

Englische Pressestimmen.

"Daily Express" schreibt, die Rede Lloyd Georges sei von internationalem Gesichtspunkte aus gesehen durchaus ungünstig. Lloyd George leite die Ära des Wohlwollens mit

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 2845 Mark.

einem Angriff auf die Türkei und einer Kritik Frankreichs ein, die Georges zu einer öffentlichen Antwort zwingen werde. Lloyd George lasse durchblicken, dass die französischen Soldaten die Engländer im Siede lieben und dass die französischen Politiker die Engländer in der Stunde der Gefahr in Istanbul vertrien. Das Kabinett "Daily Herald" bemerkt, niemals habe ein britischer Staatsmann nach einer ersten Rede eine so anhafte Rede gehalten. Die Rede enthielt eine Täuschung, nämlich, dass Lloyd George sein Amt niederlegen werde.

"Observer" sagt dagegen, Lloyd George verlasse durch seine Rede in Manchester keine Freunde, gewinne aber viele Feinde. Wenn er jetzt zurücktrete, wäre dies Rücktritt für ihn der Wiederaufstieg zur Macht. Früher oder später würde Lloyd George wieder der mögliche Politiker der Welt sein. Gernot, der im "Observer" das Koalitionsamt verwirkt, schreibt, Lloyd George würde, wenn er unabdingbar hätte handeln können, eine völlige Regelung mit Russland auf der Grundlage voller politischer Anerkennung getroffen haben. Diese Regelung sei jedoch verhindert worden durch Churchill und Conservative Rücktritt. Andersseits würde ein unionistischer Premierminister an der Spitze einer unionistischen Mehrheit sich zweifellos sowohl mit der Türkei als auch mit Frankreich geeinigt haben. Diese Regelung wurde jedoch in der Hauptrede durch Lloyd George verhindert. Nicht eine Stelle auf der Weltfläche sei vorhanden, wo England seine Außenpolitik erfolgreich nennen könne. "Pressminister Gazette" schreibt, eins sei klar, dass nämlich Lloyd George erkenne, dass das Ende der gegenwärtigen Koalition gekommen sei. Seine Schlussrede in Manchester seien die Grabrede für ein Experiment, das er zwar nur loben könnte, das aber, wie er einsehen müsse, den letzten Niemanden noch habe. Die Rede sei die eines Politikers, der klar lebe, dass seine Laufbahn das Ende eines Abschlusses erreicht habe, und der sich über die nächste Entwicklung nicht sicher sei.

Französische Pressestimmen.

Die Rede Lloyd Georges in Manchester schreibt "Petit Parisien": Wir glauben nicht, dass wir den von Lloyd George gegen uns erhobenen Vorwurf verdienken, die christliche Bevölkerung Kleinasiens den Gewaltamkeiten der Türken ausgesetzt haben. Wir glauben sogar, dass wir sie vor dem Abreiseclerkwerden errettet haben, dadurch, dass wir uns mit den Türken aussöhnen. Über wir sind und der Täuschung, dass das friedfertige Vorsorge Frankreichs und Italiens die hochwillkommene Entspannung im Orient herbeigeschafft hat, sehr bewusst, dass wir in unserer Freude über den endlich wiederhergestellten Frieden kleinliche Streitigkeiten mit unseren englischen Freunden vermeiden wollen. Weden zweit hätte übrigens auch eine solche Polemik? Haben wir nicht etwas Besseres zu tun, als uns zu zanken, während wir beide sehr gut wissen, dass das französisch- und vertraulose Einvernehmen Englands und Frankreichs unentbehrlicher als jemals für den Wiederaufbau und die Wiederherstellung des Friedens in Europa ist? "Dénote" schreibt: Der englische Premierminister gibt sich heute als entschlüsselter Segner einer Brüsseler Konferenz, zu der alle Gläubiger Deutschlands berufen und auf der alle Fragen aufgeworfen würden, die mit dem Wiederaufbau Europas zusammenhängen. Nachdem er so oft über die Politik der kleinen französischen Bourgeois entzweit hat, macht er sich jetzt selbst die Politik eines Manchesterkrämers zu eigen. Sicher wäre er der erste, der sich wundert, wenn wir dazu Bravo schreien. — Der sozialistische "Poujade" nennt die Rede überzeugend, mit Absicht überflüssig und infolgedessen unvermeidlicherweise banal, eine Ansprache unter dem Zeichen hoher patriotischer Demagogie.

Die Beratungen der Führer in London.

Lord Curzon berät gestern mit Chamberlain während einer halben Stunde. Später nahmen auch unionistische Führer, darunter Lord Birkenhead, Lord Crawford, Lord Peel und Sir Evans, sowie Sir Robert Horne an den Beratungen teil. Lloyd George ist aufs Land gefahren. Vor seiner Abreise hatte er Unterredungen mit verschiedenen seiner Ministerkollegen, darunter Curzon, Birkenhead, Chamberlain und Sir Horne. Gestern vormittag hatten Lord Curzon, Lloyd George, Lord Younger, der Hauptvertreter der Unionisten, und Sir Robert Leslie Wilson Unterredungen mit Chamberlain. Im unionistischen Hauptquartier herrschte große Tätigkeit. Der "Daily News" folgt gestern nachmittag das Gerücht um, dass die Einheit der unionistischen Partei äußerst bedroht sei. Von maßgebender Seite werde mitgeteilt, dass Chamberlain am nächsten Donnerstag dafür eintreten werde, dass die Regierung vor das Land als Koalition treten solle. Es sei äußerst zweifelhaft, dass auch nur die geringste Einigkeit darüber erreicht werden wird. Andenken wird es für möglich gehalten, dass Chamberlain die Führung der Partei niederlege. Sollte sich diese Voransage bestätigen, so besteht die Möglichkeit der sofortigen Bildung einer Zentrumspartei mit Lloyd George, Chamberlain, Churchill und Sir Robert James als

Führern. Am nächsten Donnerstag werde eine wichtige Konferenz der unionistischen Minister und der Kabinettsmitglieder im Carlton-Club abgehalten werden. Alle unionistischen Kabinettsmitglieder sind zur Teilnahme eingeladen. Besonders über 500 unionistische Kabinettsmitglieder-Chamberlain wird, wie die Blätter melden, eine Versammlung über die politische Lage abgehalten und es wird eine Wahlversammlung über die Politik der Partei bei den bevorstehenden Wahlen vorgenommen werden. Die Abstimmung der unionistischen Verbände wird, wie vereinbart wurde, am 15. November stattfinden. Lloyd George wird seine nächste politische Rede am Sonnabend in New Castle halten.

Die Friedenskonferenz.

Die "Times" berichtet aus Cairo, es werde offiziell bestätigt, dass Egypten die Befreiung gekämpft habe, auf der konferierten Friedenskonferenz vertreten zu sein, da sich diese Konferenz mit Grossen beschäftigen werde, an denen Egypten interessiert sei. Die ägyptische Regierung habe auf dem Standpunkt, dass Egypten als unabhängiger souveräner Staat an einer direkten Vertretung berechtigt sei.

Der französische Abgeordnete Herron, der gestern vor-

mittag in Lyon eintraf, erklärte dem Straßburger Berichterstatter des "Petit Parisien", die von England an den Menschen befreite Politik bedeute für Russland die größte Bedrohung. Nachdem die Russen Revol und Riga verloren hätten, hätten sie nur einen Zugang zum Meer, nämlich Konstantinopel. Die Freiheit der Meerenge sei also für Europa unerlässlich. Die französischen Interessen in dieser Angelegenheit seien dieselben wie die Russlands.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Bildungsstätten in Köln. Die nebenamtlich an den Kölner Fortbildungsschulen tätigen Lehrer, in Frage kommen Lehrer an Volks- und Mittelschulen, Ingenieure und Handwerksmeister, beschlossen, ihre Lehrtätigkeit wegen ungeeigneter Bezahlung niederruhen. Den Fortbildungsschullehrern fand für ihre schwierige Tätigkeit im Nebenamt bissher nur 23 Mark für die Unterrichtsstunde gewährt worden. Seit längerer Zeit waren allerdings 68 Mark benötigt worden, die jedoch nicht angewiesen wurden. Aus dem gleichen Grunde stehen die nebenamtlich wirkenden Berufsschullehrer in den Industriebezirken Düsseldorf und Köln in einer Ausstandsbewegung.

Gerichte über den Staatsgerichtshof. Es werden Gerüchte verbreitet, dass die Mitglieder des Staatsgerichtshofes am Ende des Monats die ihre Tätigkeit ungeheure Summen erhalten. Der Betrag von 50000 Mark fälschlich wird nicht genannt, sondern auch negiert. In Wahrheit sind mit Wirkung vom 1. Oktober an folgende Sätze festgestellt: 1. Für den ersten Vorsitzenden monatlich 9000 M. 2. für den Sekretär Vorsitzenden für jede Sitzung 1200 M. 3. für die ständigen Mitarbeiter für jede Sitzung 900 M. 4. für die nichtständigen Mitglieder für jede Sitzung 900 M. und, sofern sie auswärts wohnen, daneben Tage- und Übernachtungsgelder nach der Stufe 5 der Rechtsbeamten. 5. für den Oberrechtsanwalt monatlich 9000 M. 6. für die Rechtsanwälte für jede Sitzung 900 M.

Eine Straßenbahnsfahrt in Berlin 20 M. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss gestern gegen die Stimmen der Deutschen und der Kommunisten, den Straßenbahntarif von Dienstag ab auf 20 Mark für die Einzelfahrt und 30 Mark für die Umsteigefahrt zu erhöhen.

Frankreich verkaufte deutsche Material an Polen. Im Jahre 1918 hatte Frankreich unter Bedrängnis als Preis für das von Deutschland im Kriege zerstörte Eisenbahnmateriale große Mengen von Eisenbahnen, Lokomotiven und Wagen abgegeben. Dieses Material stand nach der Ablieferung 3½ Jahre lang ohne wirtschaftliche Nutzung auf französischen Gleisen rum. Jetzt soll es nach einer Meldung aus Warschau zum Teil an Polen verkauft werden und zwar soll es sich dabei um 110 Lokomotiven und 4800 Eisenbahnwagen handeln. — Deutlicher kann kein Band nachträglich sein Unrecht offenbaren, als Frankreich mit diesem Schachzug des deutschen Materials an Polen.

Ein neuer Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie. Am 11. Oktober ist der dritte der Hamburg-Amerika-Linie, der neue Dampfer "Preußen" eingetroffen. Das Schiff erledigte an diesem Tage unter Leitung des preußischen Ministerpräsidenten Brauns, des Handelsministers Siering und des Landtagspräsidenten Belmont seine Probefahrt zur Fischerei und wurde von der Hamburg-Amerika-Linie übernommen. Damit ist auch das fünfte Schiff der Vierterklasse: Bayern, Württemberg, Sachsen, Preußen, in den Lieferservice eingestellt. Die Ausmaße der Preußen sind gleich denen der Schwesterschiffe circa 8200 Tonnen Bruttoraumgehalt, 143 Meter Länge, 18 Meter Breite und 11 Meter Tiefe. Das Schiff ist für den Frachtbetrieb nach Ostasien bestimmt und dorthin wird es am 28. Oktober seine erste Ausreise antreten. Sechs Passagierdecken, ein Speisesaal und ein Gesellschaftszimmer bieten aber auch Beförderungsmöglichkeit für eine beschränkte Anzahl Fahrgäste.

bietet man mit einer anständige Summe, Friedberg ist ein alter Universitätsfreund —

„Und dann würden Sie mich verraten? Wollen Sie wieder einmal drohen? In einigen Tagen auch das Geld kommen, dann werden Sie bestreift —“

„Und wenn es nicht kommt?“

„Dann haben Sie immer noch Zeit genug. Ihre eigene Schande zu offenbaren, wenn Sie wirklich etwas dadurch zu gewinnen glauben. — Besuchen Sie den Rechtsanwalt wirklich, so sind wir beide geschiedene Leute, merken Sie sich das! Ignorieren Sie also den Brief, das ist das beste, was Sie tun können.“

Mintrop fuhr mit der Hand durch die Luft, ein spöttisches Lächeln umspielte seine Lippen. „Gestehen Sie es mir, Sie haben Angst.“ sagte er.

„Durchaus nicht,“ erwiderte der Baron zuhlig. „Ich weiß, Sie sind klug genug, um zu erkennen, auf welcher Seite Ihr Vorlese liegt.“

Mintrop hatte sich erhoben und schritt in das aufstrebende Rauchkabinett, in dem Jakob irgendwo gedekt hatte. Der Baron folgte ihm mit höherrühmtem Blick.

13. Kapitel.

Der beliebte Ausflugsort Blankendorf liegt einige Stunden von der Stadt entfernt, in der schönen Jägerszeit wird er fleißig besucht, und infolgedessen hatten sich mehrere Wirtshäuser angestellt, die durch schwätzig Anlagen und vorzügliche Verpflegung ihren Gästen den Aufenthalt angenehm zu machen wünschten.

Man konnte mit der Eisenbahn den Ort sehr bequem erreichen, und Mintrop gestand offenherzig, dass er diesen Weg dem schnellen Auto vorgezogen haben würde, wenn er nicht dem Baron hätte beweisen wollen, dass er noch immer ein schneller Reiter sei.

Die beiden Herren saßen im Gaeten unter einer hohen, breitlängigen Linde, die sie vor der sengenden Sonnenglut schützte, vor Ihnen auf dem gedekten Tische stand eine große Bowle, und die bunten Blüten auf dem Gesicht Mintrops ließen erkennen, dass er beim dussenden Trank schon tapfer gegessen hatte.

Gefälschte Hoffnungen.

Roman von Oswald Ring. König.

"Keine Unterschätzungen, Bursche!" brauste Mintrop auf. „Vergessen Sie nicht, wer Sie sind!“

„Na, na, seien Sie sich nur nicht auf's hohe Pferd!“ höhnte der Baron. „Sie haben wahnsinnig keine Ursache dazu, denn ich weiß nicht von Ihnen, wie Ihnen sieb sein kann. Das Fräulein wollte die Wahrheit wissen, und Sie selbst haben dem gnädigen Herrn zum Bruch geraten. Nicht auf wie, sondern auf Ihnen ruht die Verantwortung.“

„Sie hatten dem Fräulein überhaupt nichts zu sagen,“ erwiderte Mintrop enttäuscht, „der Herr Baron wollte von Lindenwalde aus die Angelegenheit erledigen; in solche Dinge hat ein Diener sich nicht hineingezumst.“

„Daselbe könnte ich Ihnen sagen!“ spottete Jakob. „Sie geben den Rat, ich führe ihn aus; ich glaube, wie beide haben einander nichts vorzumachen.“

Husschläge drangen auf den Pfosten rießen den Diener hinaus, Paul war von seinem Platz zurückgekehrt.

Es wähnte ziemlich lange, ehe er in's Wohnzimmer trat, Mintrop kam mit dem König in der Hand ihm entgegen.

„Sie war hier,“ sagte er, „dies ist ihre Antwort auf Ihren Brief.“

„Ich weiß es schon,“ erwiderte der Baron, sichtbar gescheit, indem er Hut und Mantel auf den Tisch warf. „Jacob sagt es mir.“

„Hat er Ihnen auch gesagt, dass er dem Mädchen mit Würzen Worten den Kornmutter zu dem Briefe ließerte?“

„Auch das.“

„Er benahm sich wie ein Fliegel!“

„Doro wollte ja Gewissheit haben,“ sagte der Baron schiefzügig, „sie hätte meinen Brief verstehen können, weshalb fragt sie den Dienst? Leider kann es mir nur lieb sein, dass wir endlich vor dem Schluss angekommen sind, die ewigen Vorwürfe hatte ich ja. Jakob hat mir wenigstens eine lange und unangenehme Korrespondenz erspart; waren seine Worte ordentlich, so bin ich nicht dafür verantwortlich.“

„Sie nehmen die Sache zu leicht,“ erwiderte Mintrop ungläublich.

Neue slowenische Schulen im Ruhrgebiet. Aus Buer in Westfalen wird geschrieben: Nach Meldungen slowenischer Blätter, die auch in die deutsche Presse übergegangen sind, besteht die Absicht, für die Kinder der breitläufigen, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wohnenden Slowenen besondere Schulen einzurichten, doch wo diese in beträchtlicher Zahl wohnen, also in Gelsenkirchen und in Buer. Gegen diese Absicht macht sich in Westfalen eine wachsende Opposition geltend. Man weiß in der westfälischen Presse darauf hin, daß die sechstausend Deutschen in Slowenien keine Schulen, auch keine Privatschulen unterhalten dürfen. Man befürchtet auch, daß die Polen, die schon in vielen Gemeinden durch eigene „Sprachkrieger“ in den Gemeindeschulen den Polenlinien „Unterricht“ geben lassen, noch weitergehende Ansprüche stellen werden, wenn den Slowenen eine Extratutur geboten wird. Die deutsche Presse im Industriegebiet will von einer Slowenierung der Schulen nichts wissen und gibt damit dem allgemeinen Empfinden Ausdruck.

Polen.

Maritime Bestrebungen. „Kurier Warszawski“ fordert den Ausbau eines modernen polnischen Hafens und die Schaffung einer polnischen Ostseeflotte.

Ausblick.

Besserung der russisch-polnischen Verhältnisse. Der in Moskau eingetroffene bevollmächtigte Vertreter in Warschau, Oboleski, weiß in einem Interview mit der russischen Telegraphen-Agentur auf die Besserung der russisch-polnischen Verhältnisse hin. Man erwarte die Ankunft von Vertretern des polnischen Handelsministeriums in Moskau zu Verhandlungen über den russisch-polnischen Handelsvertrag. Polen befürchtet freiliche Absichten gegenüber Russland durch seine Teilnahme an der bevorstehenden Abstimmungskonferenz der Randstaaten in Moskau.

Die Abschaffung des privaten Bodenbesitzes. Nach dem neuen Agrarkodex wird die Abschaffung des privaten Bodenbesitzes grundsätzlich bestätigt.

Die Aufstandsführung des russischen Schiffsparks. Die Presse erörtert die Notwendigkeit der Aufstandsführung des russischen Schiffsparks. Es ist bereits mit der Wiederherstellung von 20 großen Schiffen im Kronstädter Hafen begonnen worden.

Rücktritt Krassins. Savas meldet aus Riga: Krassin ist von seinem Posten zurückgetreten.

Der Tod Enver Pascha wird von neuem bestätigt durch eine Stellungnahme eines Augenzeugen, die die „Pravda“ wiedergibt. Danach ist Enver Pascha von 5 Kugeln durchbohrt.

Dortfisches und Sachsisches.

Niesa, den 17. Oktober 1922.

*** Original-Radierungen von Riesa.** Der bekannte Meissner Graphiker Artur Barth hat jetzt mehrere Original-Radierungen von Niesa geschaffen, welche einige der wenigen malerischen Schönheiten unserer Heimatstadt, wie das Rathaus, den Ratshof und den alten Turm im Stadtteil, wiederholen. Seine Radierungen zeigen die ganze Freiheit der ersten Stunde, sind aber doch fertig und abgeschlossen und haben die farbigen Gegenseite zu den künstlerischen Schönheiten seiner Heimat, wie wir sie schon aus den früheren Werken des Künstlers kennen und deren Vorbilder größtenteils der Elblandschaft, seiner Geburtsstadt Meißen und dem lieblichen Sachsen, in dem er die schönsten Kinderjahre verlebt hat, entnommen sind. Die Radierungen sind in der Buchhandlung von Job. Hoffmann, hier, zu haben. (Siehe Inserat.)

*** Volksschule.** In der vorliegenden Nummer veröffentlicht der Verein für Volksbildung und Kunstdielegie seine Vortragsreihe für das letzte Viertel dieses Jahres. Volkswirtschaft, Staatskunde, Musik und Literatur sind vertreten und alle Mitgliedsgemeinden, Niesa, Gröba und Mühlbach bedacht. Reihe über Betriebsleben soll besonders Vertrauensleute der Arbeitnehmer dienen; selbstverständlich sind auch alle anderen Interessenten willkommen. Über Musik und Literatur lesen bewährte Kräfte, die schon früher den Beifall der Hörer gefunden haben. Alle Vortragenden wünschen nicht nur Zuhörer, sondern Mitarbeiter; für Anfragen, Ausdrucken und Arbeitsgemeinschaften werden bei genügendem Interesse Abende angekündigt werden. — Die ermäßigte Hörgebühr gilt nur für solche, die bereits Mitglied sind und für ihre eigene Person die Beiträge beim klassierten O. Waly, Gröba, Altroda, 7, bezahlt haben. Wenn ein Familienmitglied zur vollen Gebühr teilnimmt, werden weitere Angehörige derselben Haushalts, die nicht selbst verdienen, zu 10 Mark je Abend zugelassen. Wenn irgend möglich, ist jede Vortragsreihe schon im Vorverkauf vollständig zu begleiten. Der Preis erscheint vielleicht manchem etwas hoch, ist aber durch die heutigen Unkosten bedingt. Außerdem ist er niedriger als die Kosten fast aller sonstigen Unterhaltungen. Die mehr Einwohner ist beteiligen, desto mehr kann der Volksbildungsvorstand seine Tätigkeit erweitern und die Wünsche möglichst vieler befriedigen. — An den Heine-Abend, der heute abend 7 Uhr bei Höpflner stattfindet, sei nochmals erinnert.

*** Wahl zu Gewerbeamt.** Im Rathaus Zimmer Nr. 8 findet diesen Donnerstag nachmittag von 1,30—1,4 Uhr Wahl eines Wahlmanns zum Gewerbeamt statt.

Schiedspruch im Wohnkampf der Holzarbeiter. Vom sächsischen Arbeitsministerium wurde im Wohnkampf der Holzarbeiter ein Schiedspruch gefällt, der folgende Stundenlöhne vor sieht: 22. September bis 1. Oktober 90 Mark, 2. bis 15. Oktober 105 Mark und 16. bis 31. Oktober 115 Mark. Die Arbeitnehmer sind bereit, diesen Schiedspruch anzunehmen, der Entschluß der Arbeitgeber steht noch aus.

*** Die Milchkleinvorlaufpreise im Bezirk Großenhain.** Von der Amtshauptmannschaft Großenhain wird mitgeteilt: Die Milchkleinvorlaufpreise stellen sich unter Zugrundelezung der Feststellung von Erzeugerpreisen durch den Milchwirtschaftlichen Landesverband Sachsen von heute ab zunächst bis 31. Oktober 1922 nach bisheriger Vereinbarung für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Großenhain mit Ausnahme der Städte Großenhain, Niesa und der Gemeinden Broitzsch, Boppitz, Bergendorf, Gröba mit Rittergut, Mühlbach, Weida, Raudorf d. Großenhain, Bischleben und Großrauschütz folgendermaßen: 1. bei Lieferung sauber gewonneuer, gut gereinigter und gekühlter Vollmilch ab Stall an Händler, Molkereien und Sammelstellen Erzeugerpreis: 34,40 Mark für das Liter, 2. im Großhandel 40 Mark für das Liter, 3. im Kleinhandel und Kleinhandel in einer Hand 39 Mark für das Liter.

*** Gemeindebeamtenfesttag in Döbeln.** Im weiteren Verlaufe des Gemeindebeamtenfestes begüßte Ministerialdirektor Dr. Dehne (Dresden) die Jubiläumsmannschaft im Namen der politischen Parteien und der Volksvertretungen. Weitere Glückwünsche überbrachten der Direktor des D. B. B. Podenwisch, der Vorsitzende des Reichsbundes der Kommunalbeamten und angestellten Deutschlands Gutschmidt und der Vorsitzende der Landesgruppe Sachsen des D. B. B. Müller (Dresden). Die Frauen der Gemeindebeamten überreichten durch den Vorsitzenden der Ortsgruppe Leipzig-Pegnitz 100 000 Mark zur Errichtung einer Unterstützungsstiftung „Frauendank“ für in Not geratene Gemeindebeamte. Darauf erkannte Bündeldirektor Schubert Bericht über die gewerkschaftliche Arbeit im vergangenen Jahre. Hierbei wurde die Befolgschaftigkeit des Reichs, am letzten Jahre, anerkannt, hervorgehoben,

da Lebhabter Kritik gab daß Verfahren bei Genehmigung der Besoldungsvorschriften der Gemeinden unlücklich wurde, daß die Einschränkungen des Schiedsgerichts für Gemeindebeamtenstreitigkeiten vielfach von den Gemeinden und den Aussichtsbehörden nicht anerkannt wurden, und bedauert, daß das Ministerium des Innern dem nicht entgegentrete. Dem Bundeschiedsgericht für Gemeindebeamtenbesoldung wurde daß Vertrauen abgesprochen, weil es nicht vorurtheilig zusammengelegt sei und an seiner Spitze kein nach den Grundzügen der Partei gewählter Vorsitzender stehe. An dem Bericht schloß sich eine lebhafte Kusssprache. Im Anschluß daran wurden folgende Entschlüsse angenommen: a) Zur Reichsverfassung: Der Sächsische Gemeindebeamtenbund wird die Reichsverfassung gegen jeden gewollten Angriff, von welcher Seite er auch kommen möge, schützen und auf ihrer Grundlage den Wiederaufbau des Staates und der Wirtschaft mit allen Kräften arbeiten. b) Eine Entschließung zum Beamtenkriegsrecht stellt entlastend fest, daß das in Art. 180 der Reichsverfassung angenommene Versprechen, der Beamtenenschaft besondere Berechtigungen zu geben, immer noch nicht erfüllt ist, verwahrt für genau jede weitere Verhinderung und erblidt in der Hoffnung, die dem Entwurf in der ersten Fassung des Reichsbausatzes gegebenen worden ist, keine Lösung, mit der sich die deutsche Beamtenchaft absindnen kann. c) Die Entschließung zur Besoldungspolitik mahnt auf schärfste die deutschen Behördenungen der Spionorganisationen der deutschen Beamtenchaft bisher von der Reichsregierung betriebene unzureichende und unzulässige Besoldungspolitik und fordert die Neugierung und die Parlamente auf, mit dieser Politik sofort ein Ende zu machen und den Mindestforderungen der Beamtenkämpfen entsgegenzutreten. Der Bundestag verabschiedet sich gegen die dem Reichsrat vorgesezte Besoldungsreform und macht es seiner gewerkschaftlichen Vertretung zur Hauptpflicht, als Grundlage jeder Besoldungspolitik zu verlangen, daß den untersten Besoldungsgruppen so viel Einkommen gewährt wird, daß die Angehörigen dieser Gruppen unter Einschluß eines angemessenen Existenzbedarfs in menschenwürdiger Weise leben können. Als besonders dringlich verlangt der Bundestag weiter, daß sofort wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um den Auswirkungen der katastrophalen Teuerungswelle der letzten Tage auf die Beamtenschaft Einhalt zu gebieten. Endlich fordert die Entschließung die Erwartung auf, daß die sächsische Regierung sich der Veränderung des Reichsbesoldungsgesetzes wegen der schädlichen Auswirkung dieses Gesetzes und weil sein verfassungsmäßiges Auftreten kommen angezeigt werden muß, ernstlich widersetzt.

*** Das Ende der Germania-Briefmarken.** Wer sich von Verlusten schützen will, möge beachten, daß die Briefmarken mit dem Bildnis der Germania am 31. Oktober ihre Gültigkeit verlieren. Bis zu diesem Tage können sie gegen andere Postwertzeichen umgetauscht werden.

*** Der Protest des sächsischen Handwerks.** Da der Reichsfinanzminister die endgültige Übernahme der Imsar- und Gewerbesteuerverwaltung, welche bekanntlich bisher den Gemeinden überlassen war, ab 1. Oktober 1922 auf die Finanzämter verfügt hat, hat der Landesausschuß des sächsischen Handwerks gegen diese Verfügung beim Reichsfinanzminister Protest erhoben. Indem der Landesausschuß des sächsischen Handwerks die vom sächsischen Gemeindebau in zahlreichen Eingaben vorgebrachten Gründe gegen eine solche Übernahme voll und ganz unterstützt, weist er aber besonders noch auf die Tatsache hin, daß nunmehr die Steuerabfertigungen in Umfangreicher-Menge unter Umständen zeit- und arbeitaufwändigkeiten Reihen zu den Finanzämtern machen müssen. Die Bewohner der Landgemeinden empfinden es schon als eine schwere Belastung, wenn sie nicht nur einmal, sondern manchmal mehrere Male zurklärung stelligen Einführungsteuerfragen zu den Finanzämtern reisen müssen, wobei oft nicht nur halb, sondern ganze Arbeitstage verloren gehen. Müßten doch manche Steuerabfertigungen Reisen von mehr als 40 Kilometern mit ein- oder zweimaligem Umsteigen unternehmen, um zu den zuständigen Finanzämtern gelangen zu können. Wenn man bisher die Umfahrtsteuerabfertigung durch rasche Aufklärung stelliger Punkte am Orte des Steuerabfertigungen selbst auf keine großen Schwierigkeiten stieß, so werden bei der Übernahme der Verwaltung dieser Steuerart auf die Reichsbehörden der Steuerabfertigungen weitere zeit- und geldraubende Reisen entstehen, die gewiß nicht dazu beitragen werden, ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen Behörde und Steuerabfertigungen zu gewährleisten.

*** Gröba.** Am Donnerstag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr findet in der Turnhalle der Rentzschschule in Gröba eine öffentliche Versammlung der Flüchter aus Amerika statt mit folgendem Thema: „Welche Stellung suchen die Flüchter zu den Fragen des Tages einzunehmen?“ Die amerikanische Kinderhilfsmission hat in den letzten beiden Jahren in Deutschland ein reiches Werk der Rückenliebe durch Einführung namentlich der Schulkinderspeisung begonnen, das auch bei uns in Gröba durchgeführt werden konnte. Diese Leute, die Geister des Krieges sind und gute Beziehungen zu unserem Volke anknüpfen möchten, verdienen auch den Dank unserer Einwohnerchaft in reichem Maße, vor allen Dingen der Eltern, deren Kinder zur Speisung zugelassen werden durften. Wer sich also mit den Anschauungen der Flüchter vertraut machen will, der kommt in diese Versammlung. Jeder ist hierzu herzlich eingeladen.

*** Mühlbach.** Durch die Zuwendung einer Reihe von Vorträgen durch den Verein für Volksbildung und Kunstdielegie seine Vortragsreihe für das letzte Viertel dieses Jahres. In Niesa ist es dem vom Gemeinderat eingesetzten Bildungsausschuß gelungen, eine gute Zusammenstellung von Vorträgen zu erreichen. Mit dieser Zusammensetzung ist dafür Sorge getragen worden, daß während des Winters die Einwohnerchaft bildende und allgemeinverständliche wissenschaftliche Vorträge sich zunutze machen kann. Es darf die Erwartung ausgesprochen werden, daß rege Teilnahme aller Freunde an diesen Vorträgen erfolgt und den Vortragenden auf diese Weise zur Übernahme gesetzt wird. Die Vorträge finden in der Regel Dienstags oder Mittwochs im Gesellschaftshaus zu Mühlbach statt. Der Eintrittspreis an den Veranstaltungen ist im Vergleich zu den allgemeinen Teuerungen und gegenüber den sonst für solche Veranstaltungen zu zahlenden Preisen außerordentlich niedrig. Sie bewegen sich für jeden Einzelabend zwischen 10 bis höchstens 25 Pf. Die Veranstaltungen sind folgende: 1. Abend Vortrag mit Lichtbildern über Moritz Schwind durch Prof. Heinrich-Niesa (Ende Oktober), 2. Von 1. bis 28. 11. (jeden Dienstag) Vortragsreihe über Musik-Betrachtungen und Musikgeschichte durch Oberl. Iwan Schönebaum-Niesa. 3. In der ersten Hälfte vom Dezember werden 2 Vorträge vom Deutschen Heimatdienst veranstaltet. 1. Abend: Die Reichsverfassung (mit Lichtbildern), 2. Abend: Weltwirtschaftliche Kriseverteilung, durch Prof. Schöne-Dresden. 4. Anfang Januar 5 bis 6. Abende Wirtschaftsgeschichte (Mediat. Domnick-Niesa). Wiederholung dieses Programms bleibt vorbehalten. Es ist bedachtigt, einige Kulturtitel in der Zwischenzeit mit vorzuführen. Hierüber wird noch besonderer Hinweis erfolgen. Die Einwohnerchaft wird erucht, Rücktragen im Gemeindeamt oder bei den Vertrauensmännern zu halten. Bereits entnommene Gutscheine werden an der Kasse in Zahlung genommen.

*** Großenhain.** Mit einer von Pastor Arnold gehaltenen eindrucksvollen, tiefsinnigen Predigt erfolgte am Sonntag die Weihe des Ehren-Gedächtnishauses, die zum Gedächtnis der Toten aus Großenhain und den Gemeinden der Umgebung in der Turnhalle der Marienschule geschaffen worden ist. Gedenkt hierfür der Kabinett-Mitglieder des Kabinetts zurückgegangen.

Das in Anpassung an die gegebenen raumlichen Verhältnisse ein ganz hervorragendes Kunstwerk geschaffen, dessen Mittelpunkt die überlebensgroß gemalten Figuren der Apostel Thomas, Johannes, Petrus und Paulus sind. Der Künstler hat jeder einzelnen Gestalt eine besondere charakteristische Eigenart aufgeprägt. Zu den Flächen zwischen den Säulen sind die Namen aller 532 Gefallenen zu lesen. Anlässlich Musikaufführung hat deren Leitung in den Händen des Kirchenmusikdirektors Gläser lag.

Großenhain. Hier beginnt die Arbeitslosigkeit größeren Umfang anzunehmen. In verschiedenen Betrieben sind entweder Kündigungen vorgenommen oder die verlängerte Arbeitszeit ist eingeführt worden.

*** Dresden.** Die Zahl der noch vorliegenden Anträge auf Zuwendung einer Wohnung, denen noch nicht entsprochen werden konnte, stieg im Monat August von 24 938 auf 25 475. — Von der Kriminalpolizei wurden in den Nächten vom Freitag zum Sonnabend und vom Sonnabend zum Sonntag in mehreren Vorstädten Spielergesellschaften, die dem Glücksspiel verbürgt, überfallen und aufgebrochen. Spielsaal und Spielgerät wurden dabei beschlagnahmt.

Niederberg. Vom Dienstag betroffen wurde das 16-jährige Dienstmädchen Arndt, gebürtig aus Prag (Böhmen), das sich von der Rückfahrt aus ihrer Heimat zu ihrer Herrschaft begeben wollte. Die Leiche wurde früh auf dem Feldweg hinter der Geißler'schen Glasformfabrik aufgefunden.

Rosse. **Schwarze Autounfälle.** Die Firma Schmidt u. Hinrich, Lad- und Fabrikfabrik, Coswig l. Sa. hatte zwei Läufkraftwagen, davon einen mit Anhänger, zum Abholen von 200 Kettner Kartoffeln für ihre Beamtinnen und Arbeiter zur Verfügung gestellt. Der Kraftwagenzug war von Großkühma unterwegs. Kurz vor dem heutigen Friedrich-August-Krankenhaus hat der Führer des Läufkraftwagens mit dem Anhänger, als es bergab ging, stark gebremst, dabei ist die Hauptantriebskette gerissen und somit die Läufkraftwagen zugestellt. Die Bremse wirkte nicht genügend, sodass der Läufkraftwagenzug mit großer Geschwindigkeit die Kreuzbergerstraße herein nach der Stadt fährt. An der Kurve vor dem Läufkraftwagen kam der Motorwagen beim Abnehmen der Kurve stark ins Schleudern und schlug direkt um, die auf dem Läufkraftwagen zug befindlichen Personen unter sich begrabend. Der Chauffeur hat leichtere Kopfverletzungen davongetragen. Der Beifahrer Hoppe, 24 Jahre alt, kam unter einer Seitenwand des Wagens zu liegen und wurde hierbei schwer verletzt. Ihm wurden das linke Bein abgeknickt, die rechte Beine vom rechten Fuß abgerissen sowie schwere innere Verletzungen zugefügt. Der Arbeiter Walitzsch, welcher die Bremsen des Anhängewagens bediente, wurde ebenfalls schwer verletzt. Er hat einen komplizierten Beinbruch. Quetschung des Oberschenkels und verschiedene große Hautabschlüsse davongetragen. Der am schwersten verletzte Arbeiter Hoppe starb wenige Stunden nach dem im Krankenhaus vorgenommenen Operation. Der Arbeiter Görig hat nur eine leichte Quetschung des linken Unterarms und Hantenschürfungen an der Hand erlitten. Zwei weibliche Personen konnten glücklicherweise unverletzt unter dem Auto hervorgezogen werden. Sie kamen mit dem Schrecken davon, bedankten sich die übrigen vier auf dem Anhänger noch befindlichen Mitfahrer.

Rosse. Bei den am Freitag vor der Kreishauptmannschaft Dresden als zuständigen Schlachthausstattungsfundenen Verhandlungen zwischen der Stadt Rosse und Mietern wurde der Schiedsvertrag bestätigt, daß vom 1. Oktober ab 30 Prozent zur Grundmiete zu zahlen sind, außer Schadensvorräten, die der Mieter selbst zu tragen hat.

Witten. Einen großen Vertragsbruch beging ein junger Mensch aus Dresden, der im heutigen Krankenhaus Aufnahme gefunden hatte und am Donnerstag entlassen wurde. Von zurückbleibenden Kranken war er beauftragt worden, verschiedene Drogen einzukaufen und hatte bei diesen Einzelbeiträgen bis zu 100 Mark angenommen. Er missbrauchte aber das ihm von den Kranken entgegengebrachte Vertrauen und flüchtete mit dem Geld.

Leipzig. Nach starkem Rückgang der Temperatur ist hier in den letzten Tagen der erste Schnee gefallen.

Freiberg. Die Einführung von Ausländerabgaben bei den Eintrittspreisen der städtischen Bäder in Höhe von 100 Proz. und beim Stadttheater in Höhe von 200 Proz. hat der Stadtrat beschlossen.

Zwickau. Von einem Lastkraftwagen wurde in der Bahnhofstraße der zwölfjährige Sohn des Fabrikarbeiters Schlueter überfahren und töötet getötet. Der Knabe wollte anscheinend, als eben ein Straßenbahnenwagen vorbeigefahren war, die Straße überqueren und geriet dabei vor einen Läufkraftwagen, der in entgegengesetzter Richtung die Straße entlang fuhr. Der Junge wurde so unglücklich von dem Wagen erfaßt und zu Boden geworfen, daß ein Rad über ihn hinweggefahren musste. Dabei wurde ihm der Kopf vollständig zerquetscht.

Blumenau. Aus dem Erbe des verstorbenen Kaufmanns Georg Domuth entfallen auf die Stadt als Mietzin etwa 225 000 Mark. — Die Stadtoberordneten wählten zum befehlenden Stadtrat den sozialdemokratischen bisherigen Direktor des Arbeitsamtes in Blumenau, Ernst Diez. Der neue Stadtrat, der aus dem Schlossberufe stammt, kam 1918 als Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes nach Blumenau und wurde 1920 Direktor des Arbeitsamtes. — Die Zahl der Erwerbstätigen ist hier wiederum beträchtlich gestiegen. Nach dem Ergebnis der beim städtischen Arbeitsmarkt vorausmarkten Arbeitssuchenden gab es Ende September 678 männliche und 342 weibliche, zusammen 1020 gegen Ende August.

Hamburg. Sonntag morgen wurde im „Schwarzen Hof“, wie das „Hamburger Tagblatt“ betitelt, einen Gast, der das Zimmer auf kurze Zeit verlassen hatte, eine Brieftafel mit 7500 Mark barem Geld, zum Teil in ausländischen Scheinen, und außerdem mit Depositen, Aktiennoten und Scheinen im Wert von 10 Millionen Mark gestohlen. Die Kriminalpolizei hat Ermittlungen eingeleitet.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 17. Oktober 1922.

Der Bericht Herrorts.

*** Paris.** Der Mr. Herrort beginnt in „Petit Paris“ mit einer Veröffentlichung über die Bekleidungen, die er während seiner dreiwöchigen Reise in Russland gemacht hat. Der erste Artikel beschränkt sich in der Haupthälfte auf die Reiseschilderung. Herrort erklärt, der Kommunismus habe seine Sirene gewildert. Er habe schon bei der ersten oberflächlichen Prüfung den Eindruck gehabt, daß Russland wieder zu atmen beginne.

*** London.** Es verlautet, daß infolge der verschiedenen gestern in der Downingstreet abgehaltenen Konferenzen die Lage sich etwas geändert hat. Die unionistischen Minister sollen sofortigen Neuwahlen abgenommen sein. Die ganze Frage hängt von der Entscheidung der Zusammenkunft der Unionisten am Donnerstag ab. Wenn dort die Abstimmung zugunsten der Aufrechterhaltung der Koalition ausfällt, würden in diesem Jahre keine Neuwahlen stattfinden, wenn sich die Verammlung aber der Beibehaltung der Koalition stellte, erwartet man, daß Chamberlain und die anderen unionistischen Mitglieder des Kabinetts zurücktreten.

Die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland.

X Washington. Havas meldet: Von zuständiger Seite wird bekannt gegeben, daß infolge der Konferenz zwischen Harding, dem Kriegssekretär Weeks und General Verhins wahrcheinlich die Regierung demnächst das amerikanische Belohnungsdecre aus dem Rheinland zurückrufen wird. Das Datum der Zurückziehung, das noch nicht festgesetzt worden ist, wird bald bekannt gegeben werden.

Eine Niede Mustapha Kemal.

X Ankara. Vor seiner Abreise aus Ankara hält Mustapha Kemal in der Nationalversammlung eine große Rede, in der er eine ausführliche Darstellung der Siegreichen Operationen des türkischen Heeres gäb und u. a. ausübt: Was die Frage der Meeregenen betrifft, so sind wir die ersten gewesen, die ihre Freiheit verlangten. Nachdem in Thessaloniki die Rückeroberung Thessaliens beschlossen worden ist, werden wir als Gegenleistung unsere Armeen von den Feindern fernhalten, bis der Friede geschlossen ist. Zudem muß Thessaloniki so bald wie möglich geräumt werden. Durch die griechische Revolution sind unsere Glaubensgenossen in Gefahr; wir müssen sie schützen.

Vermischtes.

Unfälle auf der Hamburger Vorortbahn. Nach einer amtlichen Meldung fuhr gestern früh bei dichtem Nebel auf der elektrischen Stadt- und Vorortbahn Blankensee-Ochsenfurt gegen 7 Uhr auf einem zwischen Hamburg-Hauptbahnhof und Berliner Tor halbenden Triebwagenzug ein zweiter Triebwagenzug auf. 14 Personen meldeten sich als leicht verletzt. Gegen 8 Uhr fuhr auf Bahnhof Ochsenfurt ebenfalls ein Triebwagenzug auf einen anderen auf. Hier wurden zwei Menschen leicht verletzt. In beiden Fällen ist der Sachschaden gering.

Acht Millionen Mark Geldstrafen. In dem großen Spritthiebverbroach, der seit Wochen vor dem Düsseldorfer Landgericht verhandelt wurde, ist jetzt das Urteil gefallen. Es lautet gegen den Fabrikanten Karl Schwach wegen Schleichhandels auf 1 Jahr 8 Monate Gefängnis und sechs Millionen Mark Geldstrafe; sein Bruder August Schwach wurde wegen Schleichhandels zu 10 Monaten Gefängnis und 1½ Millionen Mark Geldstrafe, der dritte Bruder Paul Schwach zu 4 Monaten Gefängnis und einer halben Million Mark Geldstrafe verurteilt. In der Begründung heißt es, daß Karl Schwach versucht habe, sich die Beamten des Reichsmarkenamts dadurch gefügt zu machen, daß er ihnen Weine und Liköre zusetzte und mit ihnen Automobilfahrten unternahm.

Ein 10jähriger Schachmeister. Schon vor zwei Jahren erregte ein polnischer Knabe namens Samuel Ruchowicz in Berlin das größte Aufsehen, weil er sich als ein einzigartiges Schachphänomen erwies. Er war damals 8 Jahre und spielte gegen 20 erwachsene Schachspieler, wobei er die meisten Spiele gewann. Das Kind ist ein sehr zartes, kleines, anmutiges Wesen. Die Psychologen stellten damals seine einseitige Begabung fest, die ihm

erstaunliche Leistungen im Schachspiel ermöglicht, während er sonst noch ganz kindlich ist. Der Schachwunderknabe hat nun seine Reisen durch die Welt fortgesetzt; er wohnt in Brüssel und Paris, zeigt dann in London seine Kunst, und kommt schließlich nach den Vereinigten Staaten. Von New York wird nur gemeldet, daß der jetzt 10jährige Knabe den bekannten Schachmeister David Janowski in einem Meisterschaftsturnier geschlagen hat. Er beendete das Spiel mit dem 65. Zug zu seinen Gunsten. Die amerikanischen Blätter berichten, daß Schachverständige erklärt hatten, daß das Kind müßte schon jetzt als einer der klassischen Meister des Schachs gelten, und erwähnen als eine charakteristische Einzelheit, daß er während des Spiels leise vor sich humpfsteht.

Volkswirtschaftliches.

Bandwirtschaftliche Warenbörsen zu Großenhain. Es wurden notiert (nichtamtlich) am Sonnabend, den 14. Oktober 1922: Weizen 5200—5800, Roggen 4700 bis 4800, Hafer 4600—5200, S. Gerste 4600—5200, Mais 6000, Maiskörner 6800, Kleie 3100, R. u. W. Stroh 1100—1200, Haferstroh 1100—1200, Hen 1200. Die Preise verstreben sich für den Käufer in Mengen unter 5000 kg.

Dresdner Schlachtmärkte am 16. Oktober. Auflistung:

1. Rinder: 205 Ochsen, 168 Bullen, 390 Kalben und Kühe;
2. 424 Küälber: 3. 567 Schafe; 4. 922 Schweine. Preise in Mark für Lebend- und Schlachtgewicht: Ochsen: 1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 11800 bis 12800, D. 212,25. 2. junge fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete 10000 bis 11000, D. 182, 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 8400 bis 9600, D. 191,50. 4. gerling genährte jeden Alters 5000 bis 7000, D. 150. 5. Holsteiner Weiderinder 15000 bis 18500, D. 262,50. 6. Ausstellungsrinder weit über Preis. Bullen: 1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 11000 bis 11800, D. 198,75. 2. vollfleischige jüngere 9000 bis 10500, D. 182, 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 8500 bis 9000, D. 188,25. 4. gerling genährte 6000 bis 7000, D. 144,50. Kalben und Kühe: 1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes 11800 bis 12800, D. 212,25. 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 10000 bis 11000, D. 202, 3. ältere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 8800 bis 9600, D. 182, 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben 7200 bis 8200, D. 192,50. 5. mäßig und gerling genährte Kühe und gerling genährte Kalben 4500 bis 6000, D. 154,50. Küälber: 1. Doppelte — 2. doppelter Mist- und Saugküälber 12000 bis 12500, D. 197,50. 3. mittlerer Mist- und gute Saugküälber 11000 bis 11500, D. 187,50. 4. gerlinge Küälber 9500 bis 10500, D. 182. Schafe: 1. Wolllämmmer und jüngere Wollhammern 10500 bis 11000, D. 215, 2. ältere Wollhammern 9000 bis 9800, D. 209. 3. mäßig genährte Wollhammern und Schafe (Wollschafe) 5500 bis 8000, D. 177,75. 4. Holsteiner Weidenschafe 12000 bis 12500, D. 222,75. Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1½ Jahr 29000 bis 30000, D. 378,25. 2. Fettschweine

31000 bis 32000, D. 398,75. 2. Fleischschweine 28000 bis 28500, D. 380, 4. ailing entwickelte 21000 bis 24000, D. 321,50. 5. Schafe und über 21000 bis 28000, D. 326,75. **D. — Durchschnittspreis pro Hund.** Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für nächstes Gewicht der Tiere und schwieren sämtliche Speisen des Handels ab Stoff, Frachten, Markt- und Verkaufsosten, Umlaufsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise. Überstand: 7 Ochsen, 1 Kuh, 8 Kühe, 107 Schweine. Tendenz des Marktes: Geschäftsaufgang in allen Tiergattungen mittel.

Die Rauchwaren in Bata haben das diesjährige Produktionsprogramm von 100 Prozent geleistet. Es sind 168 Millionen Bud Rauchware gewonnen worden. In der Stadt Grosny betrug die Leistung 90 Prozent.

181. Landeslotterie.

5. Klasse. 11. Tag. 16. Oktober. Ohne Gewähr.

100000: 13728

40000: 48077 90617 126839

30000: 52581

10000: 17280 41100

50000: 12008 18235 18588 55556 64027 79346 84066

30000: 3643 5318 10448 11389 14235 14496 19878 23658 23088

30180: 35209 35502 45166 46076 50226 52719 59309 62818 65600

67806: 66837 70560 72047 81463 82192 86703 87812 93341 95117

95801: 100267 101220 115444 125317 126077 129406

2000: 3015 6504 7798 8221 11884 14234 15713 16700 17471

19144: 21754 2124 23639 24603 25188 25318 25029 28751 28662

30119: 31458 32494 33304 33502 34689 35347 36102 36244 37200

38802: 40081 40354 40856 42042 42611 48000 49450 49571 49603

54317: 56061 57367 62227 65049 65239 65476 66690 66990 72570

72739: 74470 74683 74768 80965 83438 86432 88231 88232 88453

88870: 92584 92701 94026 96084 98212 98310 100153 100866 101638

109025: 104908 106825 107208 111940 112207 112794 113152 113295

113517: 114092 115112 115584 115910 116034 117844 118012 118062

119960: 120775 124311 124796 127508 127779 129848

1200: 454 1228 1229 2029 2224 3792 4048 4777 5049 6081 7032

7028: 7242 8458 8389 8643 8669 8703 9220 9236 10015 10324

10384: 11644 11657 11853 12327 14274 14800 15212 15495 15508

17501: 17594 18236 18350 19533 19900 19912 22385 22672 23011

23205: 23915 25368 25614 26301 26790 26888 27796 28655 30500

31021: 31961 32441 32801 32833 33803 34228 34253 34487 34930

35121: 35792 37494 37725 38258 38623 40348 41712 43137 44241

44581: 46273 46581 48586 49623 49832 50313 50736 51140 51278

52061: 52246 54800 55205 56622 56632 56910 57229 59021 59158

59234: 60212 60671 61007 61558 62572 62626 63001 63126 63421

64180: 65064 65079 65196 65497 66301 66647 67204 68140 69104

70145: 70488 71045 71820 72581 73119 74978 75577 75810 79068

70214: 79364 79686 79889 80066 80183 81854 82670 82906

83800: 84582 85452 85601 86132 86173 86403 88121 88231 88707

88915: 92531 93106 94426 94669 94901 94747 97503 99233 99348

90051: 100862 100993 101648 102582 105042 107186 107897 108443

109780: 109958 110168 110196 110801 110818 110901 111436 113425

114132: 114139 114462 114613 115590 116208 116841 117902 118681

120281: 120376 120767 121488 121908 122579 123003 123074 123400

124135: 125001 127172 128186 128338 128801 129418

Buchhalter a. D.

mit 30 Jahren. Dr. Praxis empfiehlt sich stundenweise zur Eröffnung. Fortführung u. Abschließung der Geschäftsbücher, für Inventuren, Bilanzen, Belehrung von Forderungen u. Spezialität: Amerikanische doppelte Buchführung. Off. unt. K K 9560 an das Tageblatt Riesa.

Tüchtiges

Hausmädchen oder einfache Stube, nicht unter 18 Jahren, für den Haushalt in Riesa gefordert. Für Heizung wird eventuell bezahlt. Angebot unter K K 9560 an das Tageblatt Riesa.

15—16-jähr. Mädchen wird für den Landwirtschaft (Riesa-Riesa) bei Familienanschluß f. 1. Kl. 23 gesucht. Angebot unter K K 9568 an das Tageblatt Riesa.

Verkäuferin gesucht. Branchenkenntnisse erforderlich. Angebote unter K K 9562 an das Tageblatt Riesa.

Kontoristin für Schreibmaschine und Kontorarbeiten sofort für Fabrikkontor gesucht. Bewerbungen u. K K 9566 an das Tageblatt Riesa.

Gute **Häklerinnen** werden für aufzuhemmende Heimarbeit angenommen. Frau Hellrich Albertstr. 3, 1. links.

Vereinsnachrichten

Vereinigung christl. ev. Eltern. Sonnabend, 21. 10. abends 8 Uhr Versammlung im Jugendb. mit Vortrag.

Handwerksmeister!

Am Donnerstag, 19. 10., nachm. 1,3—1,4